

17.12.2014

Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP

zur Unterrichtung durch die Landesregierung
Empfehlungen des „Runden Tisches G8/G9“

Schülerinnen und Schüler an Gymnasien entlasten und individuelle Förderung stärken – Empfehlungen des Runden Tisches nicht für Leistungsnivellierung und Aushöhlung des gymnasialen Bildungsgangs nutzen

I. Ausgangslage

Die Einführung des verkürzten gymnasialen Bildungsgangs ist zweifellos mit großen Problemen verbunden gewesen. Viele unter Schwarz-Gelb ergriffene Maßnahmen wie z.B. die Ganztagsoffensive haben zwar positiv unterstützend gewirkt, jedoch weitere kontinuierliche Begleitung und Verbesserungen notwendig gemacht. Nach dem Regierungswechsel und den Gesprächen im Oktober 2010 sowie der damit einhergehenden Identifizierung von sieben Handlungsfeldern hat Rot-Grün für die nächsten vier Jahre weitgehend auf zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen für eine verbesserte Durchführung von G8 verzichtet. Noch 2012 verdeutlichte die rot-grüne Landesregierung auf FDP-Nachfrage, dass weitergehende, umfassende Aktivitäten zur besseren Unterstützung der Gymnasien bei G8 nicht geplant seien.

Ihrer Verantwortung für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräften an den Gymnasien sind SPD und Grüne so nicht gerecht geworden. Wichtige FDP-Forderungen wurden von Rot-Grün in den Folgejahren nicht umgesetzt oder sogar kontinuierlich zurückgewiesen. Hierzu zählten etwa Maßnahmen zur weiteren Verschlankung der Lehrpläne, mehr Flexibilität beim Ganztag, eine zeitliche Entlastung der Schülerinnen und Schüler durch eine fachliche Hausaufgabenbetreuung oder auch zusätzliche Ressourcen zur Stärkung der individuellen Förderung. Hierbei handelte es sich um Forderungen, die nicht nur von den Gymnasialverbänden unterstützt wurden, sondern die sich nun auch in den Empfehlungen des Runden Tisches 2014 wiederfinden.

Datum des Originals: 17.12.2014/Ausgegeben: 18.12.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Entscheidung in Niedersachsen, zu G9 zurückzukehren, hat in vielen Bundesländern für große Unruhe gesorgt. Auch in Nordrhein-Westfalen ist deutlich geworden, dass bei vielen Familien die Umsetzung von G8 nach wie vor zu großer Unruhe und Verärgerung führt. Bei vielen Schülern und Eltern besteht durch die Verdichtung des Lehrstoffes das Gefühl einer Überforderung. Es bestehen zu wenige Phasen der Entspannung. Familien beklagen Zeitmangel für Vereine und andere außerschulische Aktivitäten.

Daher war es richtig, dass die Ministerin für Schule und Weiterbildung zu einem Runden Tisch eingeladen hat, um über weitere Unterstützungs- und Verbesserungsmöglichkeiten des verkürzten gymnasialen Bildungsgangs zu beraten. Die Kinder sollen in der Schule gefordert, aber nicht überfordert werden und brauchen Zeit für Freizeit und Hobbies. Gleichberechtigt muss jedoch der Bildungsauftrag des Gymnasiums zur Vermittlung einer vertieften allgemeinen Bildung gesichert werden. Daher hat die FDP frühzeitig verdeutlicht, dass der Runde Tisch vielfältige Entlastungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für die Gymnasien entwickeln müsse, um Schülerinnen und Schüler bei Sicherung der Qualitätsstandards zu entlasten und die individuelle Förderung zu stärken. Eine Rückkehr zu G9 hingegen würde die Gymnasien erneut in jahrlange, kräftezehrende Umstellungsprozesse stürzen, massive Unruhe in die Schulen tragen und die Anstrengungen der vergangenen Jahre entwerten. Daher ist das schließlich mit großer Mehrheit getroffene Votum des Runden Tisches für ein Festhalten am verkürzten gymnasialen Bildungsgang ausdrücklich zu begrüßen.

II. Maßnahmen zur Entlastung der Schülerinnen und Schüler zeitnah umsetzen, individuelle Förderung stärken, Qualität des gymnasialen Bildungsgangs sichern

Viele der nun vom Runden Tisch empfohlenen Maßnahmen können zu einer sinnvollen Entlastung an Gymnasien beitragen. Hierzu zählen zum Beispiel eine Begrenzung des Nachmittagsunterrichts durch eine bessere Stundenverteilung, eine bessere Rhythmisierung durch mehr Doppelstunden zur fachspezifischen Vertiefung, eine Flexibilisierung des Ganztagsangebots, vielfältige Aspekte schulinterner Planungen oder auch intensiviertere Beratung, die weitere Überprüfung der Lehrpläne auf zusätzliche Verschlinkungsmöglichkeiten, die zeitliche Entlastung durch eine bessere, fachliche Einbindung der Hausaufgaben in den Schulalltag oder die verbindliche Nutzung der Ergänzungsstunden für eine stärkere individuelle Förderung. Rot-Grün ist nun in der Pflicht, zeitnah eine strukturierte, qualitativ hochwertige Umsetzung vorzunehmen. Allerdings lassen einige Empfehlungen des Runden Tisches auch Spielräume für eine Auslegung zu, die gegebenenfalls als Leistungsnivellierung mit dem langfristigen Ziel der Aushöhlung des gymnasialen Bildungsgangs umgesetzt werden könnten. Hierzu zählen etwa Fragen „alternativer Formen“ der Leistungsbewertung oder auch die Frage schriftlicher Arbeiten. Letztlich ist die Ausgestaltung entscheidend. Hier steht Rot-Grün in der Verpflichtung, Qualitätsstandards sicherzustellen und die Empfehlungen nicht umzu-
deuten.

III. Empfehlungen des Runden Tisches nicht zur Leistungsnivellierung und zur Aushöhlung des gymnasialen Bildungsgangs benutzen

Das von der rot-grünen Landesregierung erwartete klare Bekenntnis zu einer umfassenden Unterstützung der Gymnasien verflüchtigt sich jedoch bereits deutlich. Leider zeichnet sich ab, dass Rot-Grün die Empfehlungen des Runden Tisches offenkundig als einen weiteren Steinbruch zum Abbau von Leistungsstandards und zur schleichenden Aushöhlung der Gymnasien nutzen will. Wie schon oft zuvor sollen die beteiligten Verbände offenkundig als Feigenblatt zur Durchsetzung lang gehegter rot-grüner Zielsetzungen verwandt werden. Ebenfalls sollen Benachteiligungen der Gymnasien etwa bei Errichtungs- und Organisations-

bedingungen offenkundig nicht behoben werden. Auch wird die Chance einer Stärkung durch zusätzliche personelle Ressourcen nach dem Doppeljahrgang vertan. Insbesondere Bündnis 90/Die Grünen haben mit einem vergifteten „Friedensangebot“ an die Gymnasien sogar eine weitere Runde der Angriffe auf die Gymnasien eingeleitet.

Bereits im Vorfeld des Grünen-Parteitags wurden die Gymnasien beschuldigt, sich als „reine Eliteschmieden“ zu sehen und Kinder „auszusieben“. Die enorme quantitative Ausweitung der Schülerzahl in den vergangenen Jahrzehnten bei gleichzeitiger Sicherung des vergleichbar hohen Leistungsniveaus, vielfältige Maßnahmen zur Stärkung der individuellen Förderung oder die Reduzierung der Klassenwiederholung durch zusätzliche Fördermaßnahmen für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler werden schlicht ignoriert. Auch der Beschluss des Grünen-Parteitags wiederholt die Rufschädigung der Arbeit der Gymnasien, indem etwa von „selektiver Auslese“ gesprochen wird. Gleichzeitig zeichnet die Beschlusslage zu den Ergebnissen des Runden Tisches ein unmissverständliches Bild, wie die Zukunft der Gymnasien gesehen wird. Das unmittelbar zuvor bestrittene Ziel, dass alle einmal aufgenommenen Kinder zu einem Abschluss geführt werden müssen, wird als Dogma verkündet. Der Bildungsauftrag soll ausgehöhlt und nur das Namensschild „Gymnasium“ erhalten bleiben. Das letzte Ziel der Auflösung der Gymnasien wird explizit unterstrichen.

Auch der Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Verlässliche Weiterentwicklung – verbindliche Umsetzung“ unterstreicht die Befürchtung, dass Rot-Grün offensichtlich keine qualitative Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches plant. Hierbei ist nicht nur bezeichnend, welche Punkte der Empfehlungen nicht, andere jedoch explizit genannt werden. Die Empfehlungen scheinen auch bereits in Richtung rot-grüner Überzeugungen gewendet zu werden. So wird die Stundenzahl offensichtlich für alle Schülerinnen und Schüler pauschal als abgesenkt betrachtet – unabhängig von individuellen Förderbedürfnissen- oder Leistungsansprüchen. In eine ähnliche Richtung deuten die Aussagen zu Klassenarbeiten. Auch werden Prüfaufträge offenkundig im Ergebnis bereits als gegeben angesehen. Darüber hinaus wird die Öffentlichkeit zu Angeboten an integrierten Schulformen unvollständig informiert, von Rot-Grün vernachlässigte Schulformen wie Berufskollegs oder Realschulen gleichzeitig ignoriert.

Rot-Grün darf die Empfehlungen des Runden Tisches nicht zur Leistungsvergünstigung und zur Aushöhlung des gymnasialen Bildungsgangs benutzen. Schülerinnen und Schüler an Gymnasien haben ein Recht auf eine qualitative Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches zu G8, die sie einerseits zeitlich entlastet und Möglichkeiten zu ihrer individuellen Förderung stärkt. Andererseits aber muss für die Kinder und Jugendlichen sichergestellt werden, dass der Bildungsauftrag des Gymnasiums umfassend qualitativ gesichert wird.

IV. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. Empfehlungen des Runden Tisches zur Entlastung der Schülerinnen und Schüler im verkürzten gymnasialen Bildungsgang zeitnah und unter Beachtung der Qualitätsstandards umzusetzen.
2. Schülerinnen und Schüler an Gymnasien zeitlich zu entlasten, um ein Mehr an Freizeit, Raum für Hobbies und Entspannung zu ermöglichen.
3. gleichzeitig die Gymnasien zu befähigen, eine weitere Stärkung der individuellen Förderung umzusetzen.

4. bei der Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches Qualitätsstandards und den Bildungsauftrag der Gymnasien strikt zu beachten und die Empfehlungen nicht zur Leistungsnivellierung zu nutzen.
5. die Gymnasien in ihrem Bildungsauftrag als unerlässliche und von einer Vielzahl von Menschen gewünschte Säule unseres Schulsystems zu unterstützen.
6. bestehende Benachteiligungen der Gymnasien abzubauen und einer Rufschädigung der Gymnasien und der Arbeit der dortigen Pädagogen entschieden entgegenzutreten.

Christian Lindner
Christof Rasche
Yvonne Gebauer
Ingola Schmitz

und Fraktion